

Kern, Manfred

Article — Digitized Version

Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft: Zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kern, Manfred (1974) : Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft: Zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 9, pp. 455-458

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134727>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft

Zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik

Manfred Kern, Köln

Die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik – hielt ihre diesjährige Tagung vom 2. bis 5. September in Zürich ab. Mehrere hundert Wissenschaftler und Politiker aus dem In- und Ausland waren der Einladung des Vereins gefolgt, sich in drei Plenumsveranstaltungen und zehn Arbeitskreisen mit Problemen einer wirksamen marktwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik auseinanderzusetzen.

Wie schon bei der Bonner Jubiläumstagung vor zwei Jahren wurde auch für diese Veranstaltung wieder ein Generalthema von aktueller Bedeutung und tagespolitischer Dringlichkeit ausgewählt und mit den Mitteln der Wissenschaft analysiert. Getreu ihrer Tradition zogen sich die Mitglieder des Vereins für Socialpolitik damit auch bei dieser Tagung nicht in einen wissenschaftlichen Elfenbeinturm zurück, sondern suchten in der bewußten Konfrontation theoretisch und politisch konkurrierender Meinungen nach stabilisierungspolitisch effizienten Strategien.

Den vielschichtigen Aspekten des Stabilisierungsproblems entsprechend, sollten in den Diskussionen nicht nur die ökonomischen, politischen und sozialen Komponenten des Themas behandelt werden, sondern auch seine allgemeinen und übergreifenden systembezogenen Charakteristika. Den umfassendsten Ansatz wählte hier FRITSCH, dessen systemtheoretischen Betrachtungen zufolge stabilitätspolitische Ziele als Konstanz von Niveaus, Quoten, Wachstumsraten oder Strukturen zu definieren und Zielkonflikte als systemtheoretische Instabilitäten zu interpretieren sind. Da durch die Interaktion des ökonomischen Teilsystems mit der physikalischen Umwelt neue und bisher kaum berücksichtigte Stabilitätsprobleme entstünden, sei aus systemtheoretischer Sicht ein *homöostatisches System* anzustreben, in dem alle Teilsysteme ihre Autonomie nur in Übereinstimmung mit den Stabilitätsbedingungen des Gesamtsystems verändern könnten.

Auf ähnlich abstraktem Niveau wandte SCHMID allgemeine regelungstheoretische Verfahren auf ökonomische Sachverhalte an. Er versuchte insbesondere, den Nachweis zu erbringen, daß sich die ältere Theorie der binnen- und außenwirt-

schaftlichen Stabilisierung als eine Kombination spezieller regelungstheoretischer Ansätze auffassen läßt.

Geldwertstabilität als dominantes Ziel

Der Informationsgehalt derartiger Erklärungsversuche und ihr systemtheoretischer Bezug blieben allerdings sehr umstritten. Das Schwergewicht der Diskussion verlagerte sich rasch auf die ökonomischen und politischen Probleme der *Stabilität des Geldwertes*. Dieser von JÖHR in seinem die Tagung einleitenden Referat schon angedeutete Schwerpunkt wurde besonders von WERNER betont, der das Stabilitätsziel in seiner Substanz mit einem stabilen Geldwert identifizierte. Die gesamtwirtschaftlich überragende Bedeutung der Geldwertstabilität resultiert nach WERNER nicht nur aus den unerwünschten distributiven und allokativen Auswirkungen inflationärer Prozesse, sondern auch aus der Gefährdung des polit-ökonomischen Gesamtsystems, dessen Bestand bei ständig sinkendem Geldwert auf die Dauer nicht mehr gewährleistet sei.

Angesichts dieser Akzentverlagerung entwickelte sich zunächst auf primär theoretischer Ebene eine Diskussion über die Verhaltensweisen der privaten und öffentlichen Haushalte sowie der Unternehmungen in Abhängigkeit von einem veränderlichen Geldwert. Für die privaten Haushalte mußte RIETER nach eingehender Prüfung der vorliegenden Literatur feststellen, daß die *mikroökonomi-*

Dr. Manfred Kern, 32, ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wirtschaftspolitischen Seminar der Universität zu Köln tätig.

schen Grundlagen des Haushaltsverhaltens bei sinkendem Geldwert in den bestehenden Inflations-, Spar- und Konsumtheorien empirisch nur unzulänglich gesichert sind. Bezüglich der Inflationswirkungen fehle es beispielsweise an einer Theorie, die Verteilung und Inflation interdependent erklärt. Um gerade über die Verteilungswirkungen bei schleichender Geldentwertung mehr aussagen zu können, plädierte RIETER deshalb für einen radikalen mikroökonomischen Ansatz, der sich an der interdisziplinär arbeitenden Verhaltensforschung orientiert und eine allgemeine sozialökonomische Verhaltenstheorie zu entwickeln sucht.

Auch für den Bereich der privaten Unternehmungen kamen SZYPERSKI und HAUSCHILDT zu dem Ergebnis, daß es noch an einer theoretisch konsistenten Erklärung der strukturellen Zusammenhänge zwischen unternehmungsspezifischen Verhaltensweisen und Geldwertentwicklung mangle. Da ein instabiler Geldwert Vor- und Nachteile für die Unternehmung haben könne und Geldwertstabilität in empirischen Untersuchungen über Unternehmungsziele nicht auftauche, müsse dieses Ziel stärker handlungslenkend in den unternehmerischen Zielbildungsprozeß eingebaut werden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht schlug HAUSCHILDT dazu konkret vor, Preisänderungseffekte verstärkt auszugliedern und sie nicht nur für die kontrollierende ex-post-Analyse von Planabweichungen, sondern auch für ex-ante-Rechnungen wie Absatzpläne, Beschaffungsprogramme oder Investitionsbudgets nutzbar zu machen.

Für die öffentlichen Haushalte ergaben die Untersuchungen von MEIER ein recht eindeutiges Ergebnis. Danach ist dieser Sektor – entgegen einigen häufig vertretenen Erklärungsversuchen – primär als *Opfer* der Inflation anzusehen. Einschränkung betonte MEIER allerdings, daß sich seine empirische Analyse auf die Schweiz und das Jahr 1971 beschränke. Für dieses begrenzte Untersuchungsgebiet hätten alle drei staatlichen Ebenen – Bund, Kantone und Gemeinden – unter Berücksichtigung der effektiven Inflationsraten bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben Inflationsverluste zu tragen gehabt. Folgerichtig müsse der öffentliche Sektor mithin an einem stabilen Geldwert sehr interessiert sein!

Kontroverse zwischen Fiskalisten und Monetaristen

Breiteren Raum als diese mehr theoretisch ausgerichteten Arbeiten nahmen (*wirtschafts-*)*politische* Diskussionen ein, in denen Fragen nach der geeigneten Instrumentierung und dem politisch Machbaren die größte Rolle spielten. Bei der Erörterung alternativer stabilisierungspolitischer Instrumente kam es zu der erwarteten Kon-

troverse zwischen Fiskalisten und Monetaristen. Stärker fiskalisch argumentierende Referenten warnten meist davor, die aufgetretenen Schwächen einer primär über den Staatshaushalt ansetzenden Stabilisierungspolitik zu überschätzen und darüber die Möglichkeiten einer konjunkturgerechten öffentlichen Haushaltspolitik zu vernachlässigen. So konzidierte BIEHL beispielsweise, daß die Haushaltspolitik trotz vorhandener antizyklischer Bemühungen bisher überwiegend *prozyklisch* gewirkt habe. Wenn man allerdings die mittelfristige Finanzplanung konsequent am Wachstum des Produktionspotentials ausrichte und die Nachfragesteuerung stärker auf die Einnahmenseite verlagere, lasse sich die Entwicklung der öffentlichen Haushalte verstetigen und die Stabilisierungspolitik damit wirksamer gestalten. BIEHL wurde von WITTMANN unterstützt, der speziell die öffentliche Einnahmepolitik einer genaueren Analyse unterzog und für diesen fiskalpolitischen Instrumentalbereich unter stabilisierungspolitischen Gesichtspunkten Kriterien für einen optimalen Einsatz entwickelte.

Aus monetaristischer Sicht belegte NEUMANN mit einer empirischen Überprüfung eine geringe aggregative Effizienz der Finanzpolitik relativ zu der Geldpolitik. Aggregative Effekte monetärer Impulse treten danach stärker und zuverlässiger ein als die entsprechenden Effekte gleicher Fiskalimpulse. NEUMANN empfahl deshalb, die Finanzpolitik ausschließlich auf allokativen politischen Aufgaben zu konzentrieren und die Stabilisierung allein der – instrumenteile – zu verbessernden – Geldpolitik zu übertragen. Unabhängig von dieser Forderung nach einem tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel glaubte DUWENDAG in der jüngsten, von den Notenbanken in England, den USA und der Bundesrepublik betriebenen Geldpolitik bereits anstelle des bisher üblichen politischen Mix eine vorsichtige Öffnung zum Monetarismus hin konstatieren zu können.

Die „PHILLIPS-Illusion“

Allerdings war das Urteil über die stabilisierungspolitisch adäquate Einordnung der Geld- und Fiskalpolitik nicht nur zwischen Monetaristen und Fiskalisten, sondern auch unter den mehr monetaristisch eingestellten Diskutanten selbst keineswegs einhellig. In einem vielbeachteten Referat kam NIEHANS beispielsweise zu dem Ergebnis, daß die Fiskalpolitik für die konjunkturelle Steuerung nach wie vor eine wichtige, teilweise sogar entscheidende Rolle spielen werde. Wenn sie ihre Maßnahmen so wähle, daß die Geldmenge unverändert bleibe, habe sie vor allem den wichtigen Vorzug, auf die reale Produktion einwirken zu können, *ohne* das Preisniveau auf längere Sicht wesentlich zu beeinflussen. Die *langfristige* Sta-

bilisierung der Preise müsse sich jedoch an der Quantitätstheorie orientieren, nach der das Preisniveau von der Geldversorgung bestimmt wird. Das Ausmaß der Geldversorgung aber sei bei flexiblen Wechselkursen allein eine Angelegenheit der nationalen Geldpolitik.

Solche Plädoyers für eine stärkere oder sogar ausschließlich monetaristisch ausgerichtete Stabilisierungskonzeption basierten wesentlich auf einer Kritik an der keynesianischen Vorstellung, aufgrund des PHILLIPS-Zusammenhangs zwischen Geldwert- und Beschäftigungsvariationen sei ein befriedigendes Beschäftigungsniveau durch ein geringes Mehr an Inflation erreichbar. NIEHANS sprach in diesem Zusammenhang von der „PHILLIPS-Illusion“ und verwarf deren Kernpunkt, daß eine Erhöhung der Beschäftigung und ein rasches Wachstum um den Preis einer nur mäßigen Verschlechterung des Geldwertes erkauft werden könne. Die Teilnehmer waren sich an dieser Stelle mit NIEHANS weitgehend einig in der Ansicht, daß zumindest *langfristig kein* Zielkonflikt zwischen Inflation und Beschäftigungsgrad bestehe: Auf längere Sicht könne ein inflationärer Prozeß sowohl bei Voll- als auch bei Unterbeschäftigung auftreten. Folglich sei jede auf der „PHILLIPS-Illusion“ aufbauende Stabilisierungspolitik zum Mißerfolg verurteilt, während eine dem realen Wachstum entsprechende monetäre Expansion langfristig stabilisierungspolitische Erfolge erreichen könne.

Indexklauseln und Stabilität

Neben dieser – schon beinahe klassisch zu nennenden – Diskussion, die im übrigen auch Fragen der außenwirtschaftlichen Absicherung und der stabilitätspolitischen Eignung des Wettbewerbs einschloß, wurden unter den Stichworten „Indexbindung“ und „direkte Kontrollen“ auch neuere Gedanken in die Stabilisierungsdebatte eingebracht. Teils sollten sie die traditionelle Politik der Stabilisierung nur ergänzen, teils wurden sie aber auch bewußt als konkurrierende Konzeptionen präsentiert.

Auf der Jahrestagung wurden keine auf einer Vollindexierung beruhenden stabilisierungspoliti-

schen Strategien diskutiert. Teilaspekte der Indexbindung gingen dagegen in eine Reihe von Referaten ein, wobei die Ergebnisse allerdings sehr differenziert gesehen werden müssen. Nach KLEMMER ist es beispielsweise heute noch nicht möglich, eine zyklusorientierte Regelbindung erfolgreich anzugehen, weil die gegenwärtig bekannten Konjunkturindikatoren dazu noch keine ausreichenden Informationen lieferten. Da aber Konjunkturen andererseits durch zyklische *Regelmäßigkeiten* gekennzeichnet seien, könnte ein – allerdings weiter zu verbesserndes – Indikatorensystem durchaus brauchbare Hilfen für eine *diskretionär* ansetzende Konjunkturpolitik liefern. SCHERF's Überlegungen führten ihn zu dem Ergebnis, daß eine mittels Indexklauseln betriebene Antiinflationspolitik wenig Erfolg verspreche. Insbesondere indexgesicherte Lohn- und Gehaltszahlungen hielt SCHERF für kaum nützlich, da sich tatsächliche und erforderliche Bedingungen einer stabilisierungspolitischen Anwendung nicht entsprächen. Dagegen könnten *wertgesicherte Anleihen* durchaus hilfreich sein, wenn sie dazu beitragen, die Sparquote zu steigern und damit die effektive Nachfrage zu senken. Am stärksten setzte sich WILLGERODT dafür ein, Indexbindungen unter stabilisierungspolitischen Zielsetzungen anzuwenden. Aber auch er begrenzte den Anwendungsbereich der Geldwertsicherungsklauseln und wollte sie nur eingeführt wissen, um *Übergangsprobleme* während der Rückkehr zur Geldwertstabilität leichter lösen zu können. Entscheidend sei, daß Regierung und Währungsbehörden sich gleichzeitig darum bemühten, das Geldangebot konsequent zu kontrollieren und zu begrenzen.

Stabilisierung durch direkte Kontrollen?

Einige Referenten verwarfen weitgehend alle geld- und fiskalpolitischen Ansätze einschließlich ihrer erweiterten und verfeinerten Komponenten. Ausgehend von überwiegend vermachteten Güter- und Faktormärkten, bestanden für diese Autoren einzig in staatlichen Kontrollen noch Möglichkeiten, stabilisierend in den Wirtschaftsprozess eingreifen zu können. BLUM sah etwa die Existenz administrierter Preise als hinreichend gesichert an, obwohl er zugeben mußte, daß diese Konzeption defintorisch und empirisch schwer zu

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

fassen ist. Da eine nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik in dieser Situation nur wenig wirksam sein könne, verlange das Phänomen der administrierten Preise nach einer Unterstützung des Marktmechanismus durch zusätzliche Sanktionsmechanismen. Unter solchen Aspekten hielt BLUM die Einführung gezielter Preiskontrollen zumindest für erwägenswert und mit der marktwirtschaftlichen Rahmenordnung auch prinzipiell vereinbar.

Anders dagegen argumentierte v. WEIZSÄCKER, der direkte Kontrollen als marktinkonform und überdies stabilisierungspolitisch unwirksam ablehnte. Auch für ihn waren zwar in einer arbeitsteilig organisierten Marktwirtschaft die Anbieterinteressen im Vergleich zur Nachfrageseite die politisch einflußreicheren und erforderten deshalb besondere Aufmerksamkeit. Wirksame Stabilisierungspolitik könne jedoch nicht mit herkömmlichen Kontrollen oder – wegen der Preisrigidität auch kleinerer Betriebe – durch wettbewerbspolitische Maßnahmen erreicht werden, sondern nur durch *marktkonforme Preiskontrollen*. Diese Kontrollen sollen auf einem *Kouponsystem* beruhen und – auf monetaristischer Basis – die durch Geldmengenänderungen ausgelösten langfristigen Effekte auf das Preisniveau in kurzfristig wirksame verwandeln. Von WEIZSÄCKER knüpfte dabei an das Eigeninteresse der preissetzenden Anbieter an, gab allerdings auch zu, daß über den Erfolg seines Vorschlages letztlich nur empirisch entschieden werden könne.

Hauptsächlich unter einkommenspolitischen Gesichtspunkten befaßte MEISSNER sich mit der Kontrolle der Unternehmensgewinne. Einkommenspolitik muß nach MEISSNER verteilungsbeußt betrieben werden und deshalb auf möglichst viele Einkommensarten einwirken – vor allem auf die Unternehmensgewinne. Bei der Entstehung von Gewinnen soll über die *Investitionslenkung* kontrolliert werden, bei der Gewinnverwendung bzw. -aneignung über ein *einkommenspolitisches Fondskonzept*. Offen blieb dabei allerdings, wie die von MEISSNER selbst erwähnten konzeptionellen und statistischen Probleme der Gewinnermittlung gelöst werden sollen, ganz abgesehen von den nicht bekannten ordnungs- und prozeßpolitischen Rückwirkungen derartig weitreichender institutioneller Änderungen.

Wirtschaftliche und politische Interdependenzen

Breiten Raum nahmen auch diejenigen Diskussionen ein, die stabilisierungspolitische Probleme nicht aus isoliert ökonomischer Perspektive angehen, sondern wirtschaftliche und politische Faktoren als interdependente Bestimmungsgrößen berücksichtigten. So analysierte KALTEFLEITER etwa die möglichen Beziehungen zwischen wirt-

schaftlicher und politischer Stabilität und versuchte aus mikroökonomischer Sicht nachzuweisen, daß Erfahrungen im *wirtschaftlichen* Bereich wahrscheinlich eher das politische Verhalten beeinflussen als umgekehrt. KALTEFLEITER führte als Beleg empirische Untersuchungen an, mit denen er bestätigen konnte, daß beispielsweise Regierungen im Zeichen guter Konjunktur in der Regel keine Wahlen verlieren. Umgekehrt gelange die Opposition fast stets durch eine Konjunkturabschwächung an die Macht. Wirtschaftliche Stabilität ist damit nach KALTEFLEITER ein wesentliches Element für *Stabilität und Legitimation des gesamten politischen Systems*.

ZOHLNHÖFER ging es darum, erste Ansätze einer empirisch gehaltvollen politischen Theorie der Inflation zu skizzieren, wobei sein Schwerpunkt eindeutig auf der *politischen* Komponente lag. Nach ZOHLNHÖFERS Folgerungen sind der Willens- und Entscheidungsbildung in der repräsentativen Demokratie inflationäre Tendenzen immanent. Alle Bemühungen um Geldwertstabilität könnten deshalb erst dann wirklich erfolgreich sein, wenn die inflationsbegünstigenden Strukturen aus der Organisation der politischen Entscheidungsbildung eliminiert würden. Auf Kritik stieß diese Hypothese allerdings nicht nur wegen ihres methodologisch problematischen Tendenzbegriffes, sondern auch weil sie die in parlamentarischen Demokratien nachweisbaren Perioden relativer Preisstabilität nicht zu erklären vermag.

Innerhalb des politischen Entscheidungsprozesses erwiesen sich für STARBATTY Entschlußkraft und -fähigkeit der *Exekutive* als schwächstes Glied und nicht etwa die häufig angenommenen Verzögerungen im parlamentarischen Prozeß. Sollte diese These zutreffen, ergäben sich offensichtlich weitreichende Konsequenzen für die institutionelle Ausgestaltung einer effektiven Stabilisierungspolitik.

Politische Machbarkeit

Mit der Diskussion solcher politisch bedingter Problemkreise erhielten Fragen der *politischen Machbarkeit* einer erfolgreichen Inflationsbekämpfung großes Gewicht. Angesichts derartiger – besonders von TIETMEYER betonter – Aspekte waren sich die Referenten allerdings darin einig, daß Wissenschaftler zwar unbedingt die politischen Grenzen der Stabilisierungspolitik beachten müssen, andererseits aber hinsichtlich der Realisierungschancen stabilisierungspolitischer Maßnahmen den Politikern auch nur Stützen geben können. Programmatische Entscheidungen müssen im Lichte des politischen Kalküls gefällt und verantwortet werden, besonders wenn steigende Inflationsraten die Last der ökonomischen und politischen Stabilisierung zunehmend vergrößern.